

IN DIESER AUSGABE

Kurzmeldungen

Seite 1

BINL news in Zahlen

Seite 6

BINL – Wir über uns

Seite 7

Entscheidet China über die grüne Zukunft?

Seite 9

Zurich Global Green Bond

Seite 11

Nachhaltigkeit muss auch verteidigt werden

Seite 12



KURZMELDUNGEN

Die grüne Stahlfalle

In der aktuellen Diskussion in den Medien scheint der Eindruck zu entstehen, dass sich im Bereich von Verteidigung / Rüstung die Spirale immer schneller nach oben dreht. Kaum ein Politiker, der nicht täglich darüber spricht, dass die Ausgaben für die Verteidigung drastisch erhöht werden müssten. Bei der anhaltenden Kriegsbegeisterung der EU-Politiker fällt eine Frage völlig durchs Raster: Woher soll denn der ganze Stahl für Panzer und andere Waffen kommen? Die Stahlerzeugung ist sehr energieintensiv, und der von vielen präferierte „grüne“ Stahl so teuer, dass die Unternehmen entsprechende Projekte trotz Milliardensubventionen beenden, da sie sich schlicht nicht rechnen. „Die Strompreise in Deutschland sind sowohl nach internationalen Maßstäben, als auch im Vergleich zu Nachbarländern hoch“, hieß es bspw. bei ArcelorMittal. In planwirtschaftlicher Manier beschlossene (EU-) Quoten und Regeln sind nicht wirklich hilfreich, sondern treiben die Wirtschaft in den Abgrund. Der Zielkonflikt zwischen Klima- und Umweltschutz einerseits und den Erfordernissen an die Aufrüstung wird hier ganz deutlich. Oder anders ausgedrückt: Eine CO₂-neutrale Kriegswirtschaft ist derzeit reine Utopie.

Relevanz von Nachhaltigkeit bleibt hoch

Trotz politischer und gesellschaftlicher Entwicklungen hat das Thema Nachhaltigkeit in den letzten zwölf Monaten für die Menschen in Deutschland nicht an Bedeutung abgenommen. Das ist eines der Ergebnisse einer Umfrage der Stuttgarter Lebensversicherung a. G. die vom Meinungsforschungsinstitut YouGov durchgeführt wurde. Demnach hat sich in der Einschätzung der Thematik bei 55% der Befragten keine Veränderungen ergeben; für 20% hat die Bedeutung sogar zugenommen. Kritische Einflussfaktoren sind vor allem die wirtschaftliche Unsicherheit, eine Übermüdung der Nachhaltigkeitsdebatte sowie politische Themenverschiebungen und die Überlagerung durch andere gesellschaftliche Krisen. Allerdings sind die Menschen weniger bereit, Kompromisse bei Rendite und Kosten einzugehen. So ist der Anteil derjenigen deutlich gesunken, die eine geringere Rendite nachhaltiger Geldanlagen akzeptieren. „Die Ergebnisse zeigen eine wachsende Preissensibilität, wenn es um nachhaltigkeitsorientierte Geldanlagen in der Altersvorsorge geht. Nachhaltigkeit wird weiterhin gewünscht, soll aber möglichst ohne spürbare Einbußen bei Rendite oder Kosten realisierbar sein. Diese Entwicklung sollten wir als Branche aufmerksam beobachten“, kommentierte Volker Bohn, Generalbevollmächtigter für unabhängige Vertriebspartner bei der Stuttgarter. Es scheint vor allem nach wie vor ein großer Bedarf an Informationen zu bestehen. Die Befragten legen viel Wert auf die Berücksichtigung ökologischer und sozialer Kriterien in der Beratung und wünschen Aufklärung darüber, wie ihr Investment zur Transformation der Wirtschaft beiträgt.

EB – Multi-Asset Conservative: Diversifikation und Nachhaltigkeit

Der o. g. Fonds aus dem Hause Universal Investment investiert in zahlreiche Anlageklassen, bspw. Aktien, Renten, Gold, Photovoltaikanlagen, Wind- und Wasserkraftwerke. Er ermöglicht den Anlegern damit Investitionen in attraktive Anlageklassen, die ansonsten für Kleinanleger kaum erreichbar sind. Der Fonds entspricht mit der Risikoklasse 2 nach der SRRI-Skala in etwa einem Rentenfonds. Bei der Berücksichtigung von Nachhaltigkeitskriterien kommt bspw. der auf dem Leitfaden für ethisch-nachhaltige Geldanlagen in der evangelischen Kirche (EKD-Leitfaden) basierende Negativ-Filter zu Anwendung. Berücksichtigt werden zudem die Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen (SDGs). Schließlich kombiniert der hausintern entwickelte EB-ESG-Score fundamentale Nachhaltigkeitsbewertungen klassischer ESG-Ratings mit einem nachrichtenbasierten Nachhaltigkeitsindikator.

ESG ist keineswegs tot

„ESG ist keineswegs tot – aber das Akronym ist zu einem politischen Kampfbegriff geworden.“, das sagte Dirk Schmitz, Deutschland-Chef von BlackRock. Und weiter hieß es bei ihm: „Unser

CEO Larry Fink hat bewusst gesagt, dass er „ESG“ nicht mehr als Begriff nutzen möchte, weil er polarisiert. Das ändert nichts an der Substanz.“ So verwalte BlackRock inzwischen rund eine Billion US-Dollar in nachhaltigen Anlagen. Zudem seien nachhaltige Anlagestrategien in fast jedem Kundengespräch ein Thema. Das gelte vor allem für institutionelle Anleger. In diesem Zusammenhang wies Schmitz auf ein grundlegendes Problem hin. Die Transformation der Wirtschaft müsse sozial gerecht gestaltet werden. „Grüne Technologien sind oft noch teuer. Wir können Menschen nicht zwingen, diese Produkte zu nutzen, wenn sie sie sich nicht leisten können. Das wird politischen Widerstand hervorrufen.“ Damit trifft Schmitz den Nagel auf den Kopf. Der Widerstand gegen „grüne Technologien“ dürfte in Deutschland grundsätzlich eher gering sein. Allerdings steht häufig die Ideologie zu sehr im Vordergrund und weniger die technische Machbarkeit. Viele im Ansatz gute Ideen werden nicht zu Ende gedacht und rufen dann Widerstände hervor, wenn die Realität auf ideologisch geprägtes Wunschdenken trifft.

Nachhaltigkeit ist eine elementare Grundhaltung

Bernhard Matthes, Vermögensverwalter der Pax-Bank für Kircher und Caritas, äußerte sich kürzlich zum Kapitalanlageverhalten seiner Institution und warnte u. a. vor Anleihen und Nominalwerten. „Wir sollten langfristig nicht ohne Not zu stark in Anleihen und Nominalwerten unterwegs sein. Wir müssen viel stärker in Richtung realer Werte denken.“ Er investiere bspw. lieber in tschechische Staatsanleihen und Cat-Bonds, sog. Katastrophenanleihen. Bei diesen verweist er darauf, dass die Korrelation mit der Wirtschafts-, Aktien- und Zinsentwicklung nahe null sei, die Verzinsung attraktiv sei und die Managementgebühren vergleichsweise gering. Zudem betonte Matthes die nachhaltige Ausrichtung der Kapitalanlage bei der Pax-Bank. „Nachhaltigkeit ist für uns eine elementare Grundhaltung – und nicht nur en vogue oder auch nicht.“ Strenge ethische und moralische Anlagekriterien schließen etwa Unternehmen aus, die mehr als 5% ihres Umsatzes mit Glückspiel, Pornographie, Tabak, nicht medizinischem Cannabis oder Rüstungsgütern machen.

Regulierungsmüdigkeit

Bei der Vorstellung des FNG-Marktberichts 2025 wies Verena Menne, Geschäftsführerin des Forums Nachhaltige Geldanlage, auf eine nachlassende Dynamik für nachhaltige Geldanlagen hin. Das Brüsseler Gesetzeswerk aus Taxonomie, einer Pflicht zu Transitionsplänen, Nachhaltigkeitsberichterstattung und vor allem der Abfrage der Nachhaltigkeitspräferenz durch Vermittler sei nicht aufeinander abgestimmt. „Alles wurde schnell erstellt und nicht alles ist kohärent.“ Dies habe zu einer Regulierungsmüdigkeit geführt. Die geplante Vereinfachung auf EU-Ebene wird von vielen kritisch gesehen. So sagte Thomas Richter, Haupt-

geschäftsführer des Fondsverbandes BVI: „Anstatt 80 Prozent der Unternehmen aus der Berichtspflicht zu entlassen, sollte die EU die Komplexität der Berichtspflichten deutlich verringern.“ Die Debatte um das Thema Nachhaltigkeit zeigte allerdings auch mindestens zwei überraschende Ergebnisse. Obwohl der Ukraine-Krieg zu einem Rüstungsboom geführt hat, ist die Zahl derjenigen angestiegen, die Rüstungsinvestitionen ausschließen. Waren es vor Beginn des Krieges 60% sind es jetzt 72%. Zudem wollen neun von zehn institutionellen Anlegern, die im Rahmen des Marktberichts vom FNG befragt wurden, die soziale Komponente zukünftig stärker betonen. Im Hinblick auf die EU wurde es deutlich, so sagte Ulrike Lohr, Wissenschaftlerin am Südwind-Institut: „Sie hat ihre Vorreiterrolle in Sustainable Finance verloren.“

Fonds für Realisten

Die avesco Sustainable Finance AG bietet mit dem Sustainable Hidden Champions Equity Fonds (SHC-Fonds) nach eigenen Worten einen Fonds für Realisten, nicht für Idealisten. Hintergrund ist, dass kein Unternehmen über Nacht „dunkelgrün“ werden kann. Daher kommt der Transformation zu mehr Nachhaltigkeit eine besondere Bedeutung zu. Das Portfolio des Fonds, der nach Artikel 8 der SFDR klassifiziert ist, enthält knapp über 40% Industrietitel. Er bündelt die Unternehmen, die nach Einschätzung von avesco wirklich etwas verbessern wollen und den Weg der Transformation einschlagen. Dazu heißt es: „Für uns machen genau diese Unternehmen den Übergang hin zu „klima- oder ressourcenschonend“ überhaupt erst möglich.“ Ein Titel im Fonds ist die Wash Tec AG, europäischer Marktführer im Bereich der Autowaschanlagen. Ein Waschgang benötigt normalerweise durchschnittlich zwischen 150 und 350 l Wasser. Durch Wasserwiederaufbereitungsanlagen von WashTec kann der Wasserverbrauch um bis zu 90% reduziert werden. Zum Einsatz kommen zudem biologisch abbaubare Waschchemikalien, die zudem neutralisiert werden, bevor sie ins Abwasser gelangen. Schließlich versucht WashTec die Akzeptanz der Kaltwasserwäsche zu fördern. Somit ermöglicht der „Hidden Champion“ eine effiziente Fahrzeugwäsche bei geringem Energieverbrauch. Zu guter Letzt werden ausgediente Waschanlagen von WashTec zurückgenommen oder aufbereitet, um Abfall zu vermeiden.

Aus Gothaer Stiftung wird BarmeniaGothaer Stiftung

Im Rahmen des Zusammenschlusses von Gothaer und Barmenia ändert sich auch der Name der bisherigen Gothaer Stiftung. Diese formiert ab sofort unter dem Namen BarmeniaGothaer Stiftung. Die Förderinhalte bleiben unverändert, mit Umwelt- und Klimaschutz, Bildung sowie Lehre und Forschung zum Thema Nachhaltigkeit bleiben die zentralen Themenfelder. Die gemeinnützige Stiftung will auch weiterhin einen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung von

Wirtschaft und Gesellschaft leisten. „Angesichts der aktuellen weltpolitischen Lage gewinnt unser Einsatz für eine nachhaltige Entwicklung unserer Gesellschaft weiter an Bedeutung“, erläuterte Lisa Janke, Vorständin der Stiftung und Senior Expertin im Nachhaltigkeitsmanagement der BarmeniaGothaer. Die Stiftung wurde anlässlich des 200-jährigen Jubiläums der Gothaer im Jahr 2020 gegründet und fördert bundesweit gemeinnützige Projekte.

Die Bundesregierung will den Sustainable Finance Beirat reaktivieren

Finanzminister Lars Klingbeil hat angekündigt, dass ein reaktivierter Sustainable Finance Beirat noch bis Ende des Jahres seine Arbeit aufnehmen soll. „Wir wollen im Bereich Sustainable Finance ein Expertengremium wieder einsetzen, um von dessen praxisnaher Expertise profitieren zu können“, sagte ein Sprecher des Klingbeil unterstellten Finanzministeriums (BMF). Experten aus der Real- und Finanzwirtschaft sollen als Vorreiter fungieren, wenn es um Fragen der Finanzierung nachhaltiger Investitionen geht. „Dazu gehört, dass Bürokratie und Berichtspflichten auf das Wesentliche zurückgeführt werden und die Finanzierung von nachhaltigen Geschäftsmodellen und Technologien vorangetrieben wird.“, heißt es im BMF. Silke Stremlau, unter Kanzler Olaf Scholz Vorsitzende des Beirats, begrüßte die Entscheidung der Regierung: „Gerade wenn das BMF zu einem 'Investitionsministerium' werden will und die Transformation der Wirtschaft in Richtung Innovation, Zukunftsfähigkeit und Dekarbonisierung fördern möchte, brauchen wir vor allem privates Kapital und können uns nicht auf dem Sondervermögen ausruhen.“

IMPRESSUM	
BINL news 07 / 2025 Herausgeber: BINL Branchen-Initiative Nachhaltigkeit in der Lebensversicherung infinma Institut für Finanz-Markt-Analyse GmbH Max-Planck-Str. 38, 50858 Köln Tel.: 0 22 34 – 9 33 69 – 0, Fax: 0 22 34 – 9 33 69 – 79 E-Mail: info@infinma.de Internet: www.branchen-initiative.com Redaktion: Marc C. Glissmann, Dr. Jörg Schulz	Aufgrund der besonderen Dynamik der behandelten Themen übernimmt die Redaktion keine Gewährleistung für die Richtigkeit, Aktualität und Eignung der Informationen. infinma haftet nicht für eine unsachgemäße Weiterverwendung der Informationen. Nachdruck und Vervielfältigung nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion. Bildquelle: Casey Horner auf Unsplash

BINL news in Zahlen

5,5: Weltweit verursacht das Militär nach Angaben der „Scientists for Global Responsibility“ 5,5% aller CO₂-Emissionen. In internationalen Klimaabkommen werden derartige Positionen jedoch ausgeklammert.

31: Nach Angaben der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) betreiben derzeit 31 Länder Atomkraftwerke.

50: Zwischen 30 und 50 Tonnen Kupfer und bis zu 300 Kilogramm Seltene Erden erfordert der Bau einer 6-MW-Windkraftanlage.

61: Im Bau befinden sich nach Informationen der IAEO aktuell 61 Kernkraftwerke.

150: Rund 150 Tonnen Rotorflügel (von Windrädern) und Batterien stapeln sich in der tschechischen Gemeinde Jirkov. Eine Firma aus Bayern, die Fördergelder für eine Recycling-Anlage erhielt, hatte diese dort mutmaßlich illegal entsorgt.

417: Weltweit sind derzeit 417 Kernkraftwerke in Betrieb.

1.389: Im Jahr 2024 mussten nach Angaben der Bundesnetzagentur 1.389 GWh an Solarstrom abgeriegelt werden. Davon entfielen allein 71% auf Bayern. Der (unkoordinierte) Ausbau von Photovoltaikanlagen bringt die derzeitigen Stromnetz an ihr Limit.

4.000: In Andalusien sollen mehr als 4.000 Hektar Olivenkulturen gerodet werden, um Platz für 25 Solaranlagen zu schaffen.

9.000: Bis zu 9.000 Liter Treibstoff verbraucht ein Kampffjet „F-16 Fighting Falcon“ stündlich.

200.000: Das Flüssiggas-Terminal in Stade verursacht täglich Kosten in Höhe von 200 T€; bisher ist kein einziger Kubikmeter Gas durch die Anlage geflossen.

553.900.000: Diesen Betrag erhielten Betreiber von Wind- und Solaranlagen im Jahr 2024 nach Aussagen des Bundeswirtschaftsministeriums als Entschädigung für Strom, der aufgrund von erforderlichen Ökostrom-Abregelungen nicht genutzt werden konnte.

1.300.000.000: Obwohl der Staat Subventionen von 1,3 Mrd. Euro zugesagt hatte, zieht sich ArcelorMittal, einer der größten Stahlproduzenten der Welt, aus den Plänen für eine CO₂-freie Stahlproduktion in Bremen und Eisenhüttenstadt zurück. Ein überlebensfähiges Geschäftsmodell sei laut Unternehmensangaben nicht möglich.

240.000.000.000: Bis 2050 sollen im Rahmen einer groß angelegten EU-Atomoffensive über 240 Mrd. Euro in den Ausbau der Kernkraft fließen.

1.200.000.000.000: Einem Bericht der Nachrichtenagentur Reuters zufolge könnte die erforderliche Modernisierung und der Ausbau der Verteil- und Übertragungsnetze in Europa bis zum Jahr 2040 mehr als 1,2 Billionen Euro erfordern.

3.440.000.000.000: Die Kosten der Energiewende bezifferte Aurora Energy Research bis zum Jahr 2045 auf 3,44 Billionen Euro.

BINL – Wir über uns

In aktuellen Diskussionen entsteht derzeit immer wieder der Eindruck, Nachhaltigkeit im Allgemeinen und natürlich auch im Speziellen in der Altersvorsorge bzw. Lebensversicherung würde keine Rolle mehr spielen. Als Beleg wird u. a. die Politik von US-Präsident Donald Trump herangezogen, der zahlreiche Projekte, insbesondere im Zusammenhang mit dem Ausbau Erneuerbarer Energien, gestoppt hat oder nicht mehr (im bisherigen Umfang) finanzieren will. Hieraus den Schluss zu ziehen, der Nachhaltigkeitsgedanke hätte sich überlebt, erscheint eine fatale Fehleinschätzung zu sein.

Gerade in Europa wird an vielen Stellen über Nachhaltigkeit und auch nachhaltige Geldanlagen und Finanzprodukte nachgedacht. Man denke dabei an die neue DIN-Norm zur Klassifizierung nachhaltiger Fonds oder die Anstrengungen der EU-Kommission zur Überarbeitung der Präferenzabfrage beim Kunden. Im Rahmen eines sog. Tandem-Verfahrens soll die Regulierung vereinfacht und damit die Bürokratisierung gelockert werden.

Gerade die Branchen-Initiative Nachhaltigkeit in der Lebensversicherung (BINL) hat seit ihrem Entstehen immer wieder betont, dass Nachhaltigkeit weit mehr ist als die Bekämpfung des Klimawandels und die Reduktion von CO₂. Wer bisher tatsächlich nur auf das „Pferd CO₂“ gesetzt hat, könnte tatsächlich in den nächsten Monaten gewisse Probleme bekommen (s. o.). Die Notwendigkeit, den Verbrauch fossiler Brennstoffe zu reduzieren, dürfte auch weiterhin unstrittig sein. Fraglich hingegen ist, ob auch zukünftig weiterhin Billionen-Beträge ausgegeben werden, ohne sich genauer als in der Vergangenheit Gedanken über eine Kosten-Nutzen-Relation zu machen. Der Ausbau Erneuerbarer Energien ohne gleichzeitig die Netzinfrastruktur entsprechend aufzurüsten und / oder Speichermöglichkeiten zu schaffen, macht wenig Sinn, wie die zunehmende Anzahl von kleineren oder inzwischen auch größeren Blackouts (Spanien, Portugal) deutlich gezeigt hat. Parallel dazu muss die Entsorgung von „abgelaufenen“ Wind- und Solaranlagen geregelt werden, damit nicht Rotorblätter und Solar-Panels auf Sondermülldeponien einfach nur vor sich roتن. Gerade in den letzten Ausgaben der BINL wurde wiederholt darauf hingewiesen, wie bspw. KI, die fortschreitende Elektromobilität und die zunehmende Digitalisierung den Stromverbrauch drastisch in die Höhe treiben werden. Zur Deckung dieses Bedarfs sind intelligente Lösungen erforderlich, die natürlich auch den Ausbau Erneuerbarer Energien beinhalten; schon allein deswegen, weil Kraftwerke – egal ob Atom, Kohle, Gas oder Wasser – nicht so schnell realisierbar sind wie Wind- und Solaranlagen.

Gerade in der Lebensversicherungsbranche scheint es jedoch angebracht zu sein, sich viel stärker als bisher auf die 17 SDGs der Vereinten Nationen zu fokussieren. Diese Ziele haben den großen Vorteil, dass vermutlich jeder Mensch auf dieser Erde den meisten der Ziele vorbehaltlos zustimmen wird. Man denke da bspw. an Kinderarbeit, Korruption, sauberes Wasser,

Kreislaufwirtschaft und v. a. m. Hier gilt es sowohl für die Lebensversicherer als auch für die Fondsbranche, die Angebote nicht nur auszudehnen, sondern vielmehr diese auch sichtbarer zu machen. Schon in der Vergangenheit war es nicht einfach zu erkennen, ob bspw. ein bestimmter Fonds ganz gezielt konkrete Nachhaltigkeitsziele unterstützt. Die mangelnde Datenlage und die fehlende Transparenz der Angebote wurde und wird regelmäßig bemängelt.

Eine wünschenswerte Variante wäre es etwa, wenn die Fondsgesellschaften in ihren Fonds-factsheets, die Symbolik der Vereinten Nationen übernehmen würden und mit den entsprechenden Piktogrammen darstellen, welche Ziele der Fonds konkret verfolgt. Eine derartige Vorgehensweise kann man bspw. bei einigen der Robeco-Fonds schon jetzt erkennen.

Die BINL wird sich daher in den nächsten Monaten verstärkt damit beschäftigen, welche Nachhaltigkeitsziele mit welchen Angeboten und Produkten konkret unterstützt werden. Dabei geht es naturgemäß nicht nur um die Ziele an sich, sondern vor allem auch um die Maßnahmen, mit deren Hilfe die Ziele erreicht werden sollen.

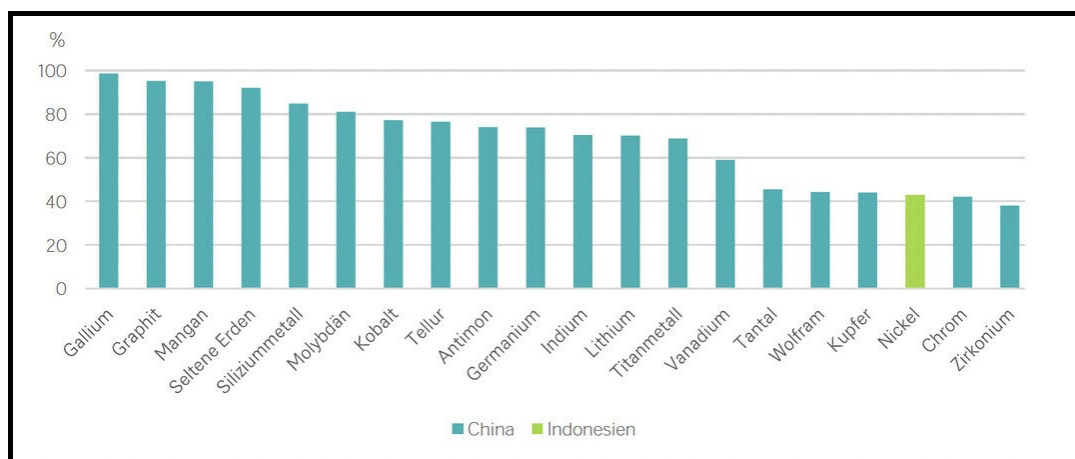
Gerade in einer Zeit, in der viele das Ende der Nachhaltigkeitsbemühungen sehen oder herbeisehnen, dürfte es eine falsche Entscheidung sein, sich davon zu lösen. Die EU-Kommission wird ihren Green Deal nicht rückgängig machen, sondern lediglich an der einen oder anderen Stelle Veränderungen – hoffentlich im Sinne von Vereinfachungen – vornehmen.

Zudem ist die Situation in der Altersvorsorge insofern unverändert, dass immer mehr Menschen Wert auf nachhaltige Anlagen legen. Das muss nicht unbedingt das letzte Zehntelprozent an CO₂-Reduzierung sein. Aber in Kobaltminen, in denen Kinder Gesundheitsschäden ausgesetzt sind und ausgebeutet werden, oder in bestimmte Techniken zur Gewinnung fossiler Energien, bei denen Giftstoffe eingesetzt und ganze Landschaften zerstört werden, will sicher auch niemand interessieren. In einem solchen Umfeld dürfte es durchaus eine vielversprechende vertriebliche Alternative sein, sich mit neuen Nachhaltigkeitskonzepten in der Altersvorsorge zu positionieren. Zudem ist ja in einigen Medien auch schon die Frage gestellt worden, wie ernst denn ein Unternehmen die Nachhaltigkeit wirklich genommen hat, wenn es beim ersten Gegenwind eine 180-Grad-Kehrtwende macht.

Schließlich sollte auch darauf hingewiesen werden, dass es gerade die jüngere Generation (Gen Z) ist, der Nachhaltigkeit besonders am Herzen liegt. Da hier aber erfahrungsgemäß auch die Vorbehalte gegen die Lebensversicherer recht ausgeprägt sind, könnten entsprechende Vertriebsoffensiven durchaus erfolversprechend sein. Die Branchen-Initiative Nachhaltigkeit in der Lebensversicherung steht auf jeden Fall weiterhin bereit, um seine Mitgliedsunternehmen entsprechend zu unterstützen. In einem zunehmend digitalen Zeitalter bieten sich hier bspw. gemeinsame Webinare an; diese sind schnell umsetzbar und kostengünstig. Sprechen Sie uns gerne an.

Entscheidet China über die grüne Zukunft?

Während Politiker von einem grünen Wirtschaftswunder träumen und High-Tech-Konzerne Durchbrüche im Bereich der KI feiern, spielt sich von der Öffentlichkeit weitestgehend unbemerkt ein geopolitisches Drama ab. Nahezu alle Maßnahmen und Technologien, die in Verbindung mit der Energiewende stehen, benötigen in nicht unerheblichem Umfang Mineralien und Seltene Erden. In der Analyse „Kritische Mineralien im Zentrum geopolitischer Spannungen“, herausgegeben von der DWS Investment, wurde ermittelt, dass China bei 19 von 20 energierelevanten Mineralien die Raffination und Verarbeitung dominiert. „Die übermäßige Abhängigkeit von risikoreichen Ländern wie China bei kritischen Mineralien birgt erhebliche politische und wirtschaftliche Risiken.“, kommentierte Vincenzo Vedda, CIO bei der DWS. Auch die Tagesschau berichtete: „China baut etwa 70 Prozent der seltenen Erden weltweit ab und verarbeitet sogar noch mehr – nämlich etwa 90 Prozent“.



Anteil des führenden Raffinationslandes an der Raffination, Quelle: Internationale Energieagentur, DWS Investment GmbH

Erschwerende hinzu kommt, dass die Internationale Energieagentur (IEA) eine dramatische Steigerung des Bedarfs prognostiziert: „Wenn wir bis 2050 Netto-Null erreichen wollen, wird sich der jährliche Bedarf an diesen Mineralien bereits bis 2040 versechsfachen“, wird die IEA in der DWS-Studie zitiert. Bei Kupfer, das als „Dreh- und Angelpunkt der grünen Energiewende“ gilt, befürchtet die IEA bis 2035 ein Defizit von 30% bei den Kupferminenprojekten. „Grüne Technologien verbrauchen im Allgemeinen mehr Kupfer als bei der Energieerzeugung mit herkömmlichen Technologien“.

Der aktuelle KI-Boom benötigt nicht nur enorme Mengen an (zusätzlichem) Strom, sondern lässt auch die Nachfrage nach kritischen Mineralien deutlich ansteigen. Rechenzentren benötigen neben dem Strom auch spezielle Rohstoffe für die Produktion der Hardware. „Mit der raschen Expansion von Rechenzentren dürfte der weltweite Markt für USV-Anlagen für Rechenzentren von 6,1 Milliarden US-Dollar im Jahr 2022 auf 9,1 Milliarden US-Dollar im Jahr 2028 steigen“, heißt es in der DWS-Studie. Vedda wies zudem darauf hin, wie brisant die

Abhängigkeiten wirklich sind. So sind bspw. Silizium für Mikrochips, Kobalt für Speicherbausteine und seltene Erden für Hochleistungsmagneten unverzichtbar für KI-Anwendungen. „Die wachsende Nachfrage nach diesen Technologien hat direkte wirtschaftliche Auswirkungen auf die Lieferketten für kritische Mineralien“.

Zwar haben die G7-Staaten zuletzt beschlossen, weniger abhängig von Staaten wie China werden zu wollen und eigene Lieferketten für wichtige Rohstoffe wie Lithium, Kobalt oder seltene Erden aufzubauen und abzusichern. Das geht jedoch nicht von heute auf morgen. Alleine der Aufbau einer Anlage dauert bis zu zehn Jahren, bei Bergbaustätten kann der Zeitraum auch noch länger sein.

Allerdings sind die westlichen Länder nicht ganz unschuldig an dieser Situation; vielmehr sind die selber Teil des Problems. Regulierung und Bürokratisierung verhindern vielfach schnelle und effiziente Lösungen. Vedda nannte z. B. die Resolution-Kupfermine in Arizona: „Die Lagerstätte wurde vor Jahrzehnten entdeckt, wird aber wahrscheinlich erst in den 2030er Jahren in Produktion gehen, da sie seit über einem Jahrzehnt durch Gerichtsentscheidungen blockiert ist.“ Umweltstandards seien zwar zurecht hoch, verhinderten allerdings neben den Arbeitskosten den Abbau; ganz abgesehen von (zu) langwierigen Genehmigungsprozessen.

Ein weiterer Problemkreis zeigt sich in der (möglichen) Verletzung von Menschenrechten. Die Förderung kritischer Mineralien sei per se mit ökologischen und sozialen Herausforderungen verbunden. Bei einem Wettlauf um diese Mineralien können die Menschenrechte auf der Strecke bleiben. Das gelte vor allem für China, das sich bei der Erschließung neuer Minen in Entwicklungsländern sehr aggressiv zeigt. Die Deutsche Welle berichtete kürzlich über die Umweltprobleme beim Abbau von Mineralien: „Wir wissen, dass beim Abbau oft mit hochgiftigen Säuren gearbeitet wird, direkt vor Ort an den Bohrlöchern. Da wird Säure eingepumpt, um diese seltenen Erze auszuwaschen. Dadurch sind ganze Landstriche unbewohnbar geworden.“

Unabhängig von den geschilderten Problemen sieht die DWS auch weiterhin eine gute Investitionchance für kritische Mineralien. „Die Gewinnung kritischer Mineralien bietet unserer Einschätzung nach attraktive Wachstumschancen.“ Gleichzeitig wird aber auch betont, dass die Auswirkungen sowohl auf die Umwelt als auch auf die Menschenrechte kritisch beobachtet werden müssten.

Eine erfolgreiche Energiewende hängt somit nicht allein am politischen Willen und an technologischen Fortschritten. Es wird vor allem darauf ankommen, die Abhängigkeit von einigen (wenigen) Lieferländern zu reduzieren. Ein Fazit der DWS lautet: „Internationale Zusammenarbeit ist gefragt, um Versorgungsengpässe zu vermeiden.“

Zurich Global Green Bond

Die Zurich Gruppe Deutschland hat ihre Fondspalette um den Zurich Global Green Bond Fonds erweitert. Er wurde von der Zurich Insurance Group und Amundi eingeführt und wird ab August dieses Jahres zunächst in Deutschland und Italien verfügbar sein. In Deutschland soll der Fonds für die Lebensversicherungskunden zugänglich und im Rahmen der gemanagten Depotmodelle ESG angeboten werden.

„Als einer der führenden Fondspolizen-Anbieter in Deutschland bieten wir unseren Kunden bereits ein breites Spektrum an Investmentlösungen für ihre Altersvorsorge mit Nachhaltigkeitsmerkmalen an. Nachhaltigkeit ist für uns als Lebensversicherer seit langem ein zentrales Anliegen. Wenn wir den Klimawandel als strukturelle Herausforderung ernst nehmen, müssen wir den Übergang zu einem nachhaltigen Wirtschaften durch gezielte Investments fördern. Das bedeutet durch unsere Investmententscheidungen einen präventiven Beitrag zu leisten. Mit der Einführung des Zurich Global Green Bond Fonds machen wir unser Angebot noch umfassender und eröffnen unseren Kunden weitere Möglichkeiten, mit ihren Investitionen Positives zu bewirken.“, kommentierte Björn Bohnhoff, Vorstand Leben der Zurich Gruppe in Deutschland.

„Wir freuen uns, unsere jahrzehntelange Erfahrung im institutionellen Bereich unseren Kunden im Lebensversicherungs- und fondsgebundenen Bereich global zur Verfügung stellen zu können“, ergänzte Sergii Medynskyi, Head of Investment Solutions bei der Zurich Insurance Group.

Der Fonds investiert in Green Bonds von Unternehmen sowie staatlichen und supranationalen Emittenten, mit denen umweltfreundliche Projekte finanziert werden. Beispiele sind etwa erneuerbare Energien, Energieeffizienz, Verschmutzungsprävention und -kontrolle, nachhaltiges Wasser- und Abwassermanagement, Erhaltung der terrestrischen und marinen Artenvielfalt und umweltfreundliche Gebäude. Es sollen mindestens 90% der Vermögenswerte des Fonds in Green Bonds investiert werden, allerdings sind auch Anlagen in Social und Sustainability Bonds möglich.

Die Investitionen sollen mit den Green Bond Principles übereinstimmen.¹ Das Portfolio wird von Amundi und Zurich überwacht. Ein Impact Bericht für den Fonds wird jährlich veröffentlicht. Alban de Faÿ, Head of Fixed Income Sustainable & Responsible Investment process bei Amundi, wies auf die wachsende Bedeutung des Green-Bond-Markts hin: „Der Green-Bond-Markt, der Ende April 2025 ein ausstehendes Emissionsvolumen von 2,3 Billionen Euro erreichte, ist in den letzten Jahren stetig gewachsen“.

¹ Diese findet man bspw. hier: <https://www.icmagroup.org/sustainable-finance/the-principles-guidelines-and-handbooks/green-bond-principles-gbp/>

Nachhaltigkeit muss auch verteidigt werden

Kürzlich hat sich DAS INVESTMENT mit Michael Geister, Vertriebsdirekt für den DACH-Raum bei Han-ETF, unterhalten. Dabei ging es u. a. auch um einen möglichen ethischen Konflikt bei Themenfonds, die auf Rüstungsfirmen ausgerichtet sind. Vor gut zwei Jahren hatte die HANetf Management Limited mit dem Future of Defense einen Rüstungsfonds aufgelegt.

Geister begründete die Auflage des Fonds u. a. damit, dass Europa eine eigene Sicherheitsarchitektur benötige, dazu gehöre eben auch die Verteidigungsfähigkeit. Dazu gehören aber nicht nur Waffen, sondern auch Ausrüstung, Hard- und Software. Aufgrund der geopolitischen Situation habe sich die EU für eine eigene Sicherheitsarchitektur entschieden und sei demnach auch bereit, privates Vermögen einzubinden. „ESG ist nicht tot. Aber die bisher strenge Auslegung könnte sich auf Investor- beziehungsweise Anbieterebene verändern. Wenn wir über unsere Werte sprechen, müssen diese Werte ernsthaft aktiv geschützt werden. Passiv zu bleiben, hilft in dem Fall nicht. Nachhaltigkeit muss auch verteidigt werden.“

Im Hinblick auf die beachtlichen Wertzuwächse, die bspw. der deutsche Rüstungshersteller Rheinmetall in der jüngeren Vergangenheit erzielt hatte, machte er deutlich, dass man zwar einerseits mit einem „Highflyer“ wie Rheinmetall zuletzt höhere Renditen hätte erzielen können; ein ETF hingegen gehe mit geringeren Risiken einher.

Zwar resultierte das „Comeback“ der Rüstungsbranche letztlich aus dem Ukraine-Krieg und sie hängt stark an politischen Entscheidungen und Verteidigungsbudgets. Allerdings könne sich Europa erstens nicht mehr auf die uneingeschränkte Hilfe der USA verlassen, und zweitens werde der Aufbau von Kapazitäten zur Wiederherstellung der (deutschen) Wehrfähigkeit viele Jahre dauern. Auf diesem Szenario basieren auch die Überlegungen von Han-ETF.

Um Anleger möglichst vor Überraschungen zu schützen, setzt man stark auf Transparenz. So wird die Zusammensetzung des ETF täglich veröffentlicht. Im Fonds finden sich Unternehmen, die über 60% ihres Umsatzes im Militär- oder Verteidigungsbereich erzielen. Ob die Bestellungen bei einem Unternehmen letztlich von einer Regierung stammen, sei schwer zu ermitteln. Der Fonds schließt bspw. kontroverse Waffen nicht explizit aus, aber limitiert diese.

Schließlich betonte Geister ein nach wie vor bestehendes Problem, wenn es um Nachhaltigkeit an sich geht. „Ein Problem bei nachhaltigen Ansätzen generell ist, dass es auf dem Gebiet so viele unterschiedliche Definitionen gibt. Das betrifft nicht nur den Rüstungsbereich. Im Zweifel haben unterschiedliche Anleger auch jeweils ihre eigene Meinung darüber, was nachhaltig ist. Einige sagen vielleicht: Wenn ich meine Werte verteidigen will, brauche ich Waffen.“ Das zeige sich bspw. auch daran, dass in einem Land wie Polen die Bedenken gegen Verteidigungs- und Rüstungsinvestitionen deutlich geringer sind als in anderen Ländern. So lag dort der Anteil der Rüstungsausgaben am BIP im Jahr 2024 bereits bei über 4%.